

3660/J XX.GP

der Abgeordneten Dr . Sonja Moser
und Kollegen
an die Bundesregierung

betreffend Rechnungshofprüfungszuständigkeit für die OMV

Gemäß Bundesgesetz über Transparenz bei der Stellenbesetzung im staatsnahen Unternehmensbereich (Stellenbesetzungsgesetz) hat die Bundesregierung Vertragsschablonen für diejenigen Unternehmungen zu beschließen, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Darüber hinaus haben sich gem. § 7 des Stellenbesetzungsgesetzes die Vertragsschablonen unter anderem an Verträgen zu orientieren, die in der jeweiligen Branche üblich sind.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob das Stellenbesetzungsgesetz auch auf die OMV anwendbar ist. Die ÖIAG und damit die Republik Österreich halten 35 Prozent des Stimmrechtskapitals der OMV. 19 Prozent hält verschiedene Information zufolge die IPIC, die im Eigentum von Abu Dhabi steht. Zwischen der ÖIAG und der IPIC soll ein Syndikatsvertrag bestehen, der die gemeinsame Ausübung der Stimmrechte sicherstellt. Ein derartiger Syndikatsvertrag würde den Beherrschungstatbestand erfüllen und somit den Rechnungshof prüfungszuständig machen, womit die Anwendung des Stellenbesetzungsgesetzes auf die OMV gegeben wäre.

Angesichts dieser unklaren Situation stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

ANFRAGE

1. Wird die Bundesregierung vor Erstellung von Vertragsschablonen für die Erdölbranche prüfen, ob die OMV unter das Stellenbesetzungsgesetz fällt?
2. Existiert ein Syndikatsvertrag zwischen der ÖIAG und der IPIC, der sicherstellt, daß die von diesen beiden Anteilseignern an der OMV gehaltene Stimmrechtsmehrheit gemeinsam ausgeübt wird?